

## **Antwort der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Sevim Dağdelen,  
Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/11232 –**

### **Entwicklung nach den Wahlen in der Republik Moldau im Herbst 2016**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Vor dem Hintergrund des vorläufigen Endes der moldauischen Staatskrise Anfang 2016 fanden im Verlauf des Herbstes 2016 mehrere Wahlen innerhalb der international anerkannten Grenzen der Republik Moldau statt. Den Auftakt machten die moldauischen Präsidentschaftswahlen Ende Oktober und Anfang November 2016. Darauf folgten die Lokalwahlen in Gagausien im Süden der Republik Moldau. Mitte Dezember 2016 wählten die Bürgerinnen und Bürger des international nicht anerkannten, abtrünnigen Landesteils Transnistrien (Eigenbezeichnung: Pridnestrowische Moldauische Republik) einen neuen Präsidenten.

Zum Jahresbeginn 2016 endete die moldauische Staatskrise, in dessen Rahmen im Verlauf des Jahres 2015 insgesamt fünf Premierministerinnen und Premierminister amtierten. Nachdem der Oligarch Vladimir Plahotniuc die Mehrheit des Parlaments eingekauft hatte, wählte eben jene Mehrheit Plahotniucs Intimus Pavel Filip zum neuen Regierungschef (junge Welt, 6. Februar 2016). Gegen seine Wahl gingen zehntausende Menschen auf die Straße. Der Koalition gelang es noch, den neuen Premier zu wählen, bevor aufgebrachte Demonstrierende das Parlament stürmten. Die Abgeordneten flüchteten vor der aufgebrachten Menge in Polizeiuniformen aus dem Parlamentsgebäude. Daraufhin fuhren sie auf den Landsitz des Präsidenten nahe der Hauptstadt. Dort vereidigte das Staatsoberhaupt dann das Kabinett (junge Welt, 6. Februar 2016).

Mit dem Amtsantritt von Filip übernahmen erstmals die moldauischen Neutraditionalisten die Regierung in dem kleinen Land zwischen Rumänien und der Ukraine. Offiziell hält die Regierung an ihrem Pro-EU-Kurs fest, de facto verfolgt das Land aber nun stärker eine auf Eigenständigkeit orientierte Außenpolitik zwischen Ost und West.

Die moldauischen Präsidentschaftswahlen am 30. Oktober (erste Runde) und 13. November 2016 (zweite Runde) gewann Igor Dodon, der Kandidat der Partei der Sozialisten der Republik Moldau (PSRM). Dodon hatte sich im Wahlkampf für einen Beitritt zur Eurasischen Union, die Anerkennung der Krim als russisches Staatsgebiet und die Vereinigung Transnistriens mit der Republik

Moldau im Rahmen einer Föderation starkgemacht ([jamestown.org/program/moldovan-romanian-relations-dodon-presidency-off-rocky-start/](http://jamestown.org/program/moldovan-romanian-relations-dodon-presidency-off-rocky-start/); [jamestown.org/program/russia-scores-symbolic-victory-moldovas-presidential-election/](http://jamestown.org/program/russia-scores-symbolic-victory-moldovas-presidential-election/)).

Bei den Wahlen zur Lokalvertretung der süd moldauischen Autonomen Einheit Gagausien (Halk topluşu) am 4. Dezember 2016 gewannen vor allem unabhängige Kandidaten, die höchstwahrscheinlich den Kurs der Anlehnung Gagausiens an Russland weiterführen werden (<https://jamestown.org/program/75538/>). Bei den moldauischen Präsidentschaftswahlen hatten 99 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Gagausiens für Igor Dodon gestimmt. Das gagausische Lokalparlament hat eine lange Geschichte prorussischer Politik vorzuweisen und hatte im Jahr 2008 die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens deklaratorisch gebilligt (<https://regnum.ru/news/1057659.html>).

Die Wahlen zum Staatsoberhaupt des international nicht anerkannten Transnistriens am 11. Dezember 2016 gewann wenig überraschend der Kandidat der Erneuerungspartei, Wadim Krasnoselskii. Damit kontrolliert die Erneuerungspartei, welche der Oligarchengruppe Sheriff nahesteht, sowohl die Exekutive als auch die Legislative Transnistriens (<https://jamestown.org/program/transnistria-change-leadership-not-policy/>).

Die Republik Moldau wendet sich derweil zunehmend von der EU und der NATO ab. Im Jahr 2007 eröffnete in Chişinău ein „Informations- und Dokumentationszentrum“ der NATO (<https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=118790>). Heute hat die NATO jedoch kein Informationszentrum mehr in der Republik Moldau ([www.eurasianet.org/node/79901](http://www.eurasianet.org/node/79901)). Ein geplantes NATO-Verbindungsbüro in Chişinău wird nach Aussagen des Präsidenten doch nicht eingerichtet werden (<http://tass.com/world/926666>). Die Mehrheit der Bürger der Republik wünscht sich mittlerweile einen Beitritt zur Eurasischen Union und nicht zur Europäischen Union ([www.ipn.md/en/integrare-europeana/76403](http://www.ipn.md/en/integrare-europeana/76403)).

Der nichtanerkannte De-facto-Staat Transnistrien wiederum ist im Jahr 2016 mit dem Beitritt zum EU-Assoziierungsabkommen der Republik Moldau und dem darin enthaltenen Freihandelsabkommen (DCFTA) wirtschaftlich näher an die Europäische Union herangerückt. Um Teil des DCFTA zu sein, muss in dem Land eine Mehrwertsteuer eingeführt werden. Diese wurde in Transnistrien vor 16 Jahren mit der Begründung abgeschafft, dass solch eine Steuer zur „Verarmung eines Gutteils der Bevölkerung“ führen würde ([www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59316](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59316)).

Im moldauischen Nachbarland Rumänien erlebt der Unionismus, also die Idee der Vereinigung Rumäniens mit der Republik Moldau (ggf. auch ohne Transnistrien), derzeit wieder Aufwind.

Unterdessen hält die staatliche Repression gegen die Opposition in der Republik Moldau an. Beispielhaft ist das Vorgehen gegen die so genannte Petrenco-Gruppe. Grigore Petrenco war von 2005 bis 2014 Abgeordneter des Parlaments der Republik Moldau und bis Anfang 2015 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), deren Ehrenmitglied er heute ist. Am 6. September 2015 wurde er gemeinsam mit weiteren Personen bei friedlichen Protesten vor dem Sitz des Generalstaatsanwalts in Chişinău festgenommen und inhaftiert. Ihnen wird vorgeworfen, „Massenunruhen“ organisiert zu haben, und ihnen drohen lange Haftstrafen. Das gesamte Verfahren ist nach Ansicht der Fragesteller politisch motiviert. Im Februar 2016 wurde Petrenco unter Auflagen aus der Haft entlassen und darf das Land nicht verlassen. Inzwischen wurden seine Anwältin Ana Ursachi und ihr Nachfolger Eduard Rudenco ebenfalls mit Verfahren überzogen. Diverse Mitglieder der PACE verurteilten in Erklärungen bereits zwei Mal das Vorgehen gegen die Petrenco-Gruppe und forderten die Freilassung der als politische Gefangene eingestuften Aktivisten ([www.assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=22145&lang=en](http://www.assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=22145&lang=en))

und ein Ende der Repression ([www.assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=23437&lang=en](http://www.assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=23437&lang=en)). Auch das US-Außenministerium stufte Grigore Petreco als „politischen Gefangenen“ ein ([www.nytimes.com/2016/06/04/world/europe/moldova-vlad-plahotniuc.html](http://www.nytimes.com/2016/06/04/world/europe/moldova-vlad-plahotniuc.html)).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung zu den Fragen 4, 5 und 6

Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass eine Beantwortung dieser Fragen nicht offen erfolgen kann. Die erbetenen Auskünfte sind geheimhaltungsbedürftig, weil sie Informationen zur Führung nachrichtendienstlicher Quellen enthalten. Der Quellenschutz stellt für die Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste einen überragend wichtigen Grundsatz dar. Eine Kenntnisnahme durch Unbefugte würde daher für die Auftragserfüllung des Bundesnachrichtendienstes erhebliche Nachteile zur Folge haben. Sie kann für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädlich sein. Deshalb sind die entsprechenden Informationen als Verschlusssache gemäß der Verschlussanweisung (VSA) mit dem VS-Grad „VS-Vertraulich“ eingestuft und werden in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Wahl des Ministerpräsidenten der Republik Moldau, welche nur unter einer äußersten Vereinfachung der verfassungsmäßigen und parlamentarischen Regeln („short-circuiting the constitutional and legal procedures“) stattgefunden hat ([www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=45038](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=45038))?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Vereidigung des moldauischen Ministerpräsidenten Pavel Filip, die mehr oder weniger geheim stattfinden musste?
3. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die Amtsübergabe an Pavel Filip eine nichtverfassungsgemäße Machtübernahme des moldauischen Oligarchen Vlad Plahotniuc darstellt (<https://jamestown.org/program/romania-bidding-for-influence-in-moldova-part-two/>) (bitte begründen)?

Die Fragen 1, 2 und 3 werden wegen des inhaltlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Verfassung der Republik Moldau sieht die Bestätigung des vom Staatspräsidenten vorgeschlagenen Ministerpräsidenten durch die ins Parlament gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter vor. Mit parlamentarischer Mehrheit wurde Pavel Filip am 20. Januar 2016 als Ministerpräsident bestätigt.

4. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass der moldauische Oligarch Vlad Plahotniuc „auf dem besten Wege“ ist, „die kleine bettelarme Republik Moldau aufzukaufen“ (<https://www.tagesschau.de/ausland/moldau-115.html>)?
  - a) Wenn nein, warum nicht?
  - b) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Entwicklung?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7757 vom 2. März 2016 und auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Plahotniuc „direkt oder indirekt [...] 80 Prozent der moldauischen Medien“ kontrollieren würde ([www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/moldaus-diktator-vlad-plahotniuc-in-der-kritik-14059073.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/moldaus-diktator-vlad-plahotniuc-in-der-kritik-14059073.html))?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass Vladimir Plahotniuc als die „graue Eminenz“ des Woronin-Systems von 2001 bis 2009 anzusehen ist ([www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/moldaus-diktator-vlad-plahotniuc-in-der-kritik-14059073.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/moldaus-diktator-vlad-plahotniuc-in-der-kritik-14059073.html))?
  - a) Wenn nein, warum nicht?
  - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung dazu?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.\*

7. Wie haben sich nach Erkenntnis der Bundesregierung seit dem Abschluss eines neuen Vertrages des staatlichen moldauischen Energieversorgers mit den Betreibern des transnistrischen Kraftwerks Kuchurgan ([theblacksea.eu/index.php?idT=88&idC=88&idRec=1228&recType=story](http://theblacksea.eu/index.php?idT=88&idC=88&idRec=1228&recType=story)) die Energiepreise für die moldauischen Bürgerinnen und Bürger verändert?

Am 1. April 2016 hat der moldauische Staatsbetrieb Energocom einen neuen Zweijahresvertrag mit dem Zwischenhändler Energo-Capital ausgehandelt. Die Bezugsbedingungen sind mit 48,995 US-Dollar pro Megawattstunde günstiger als vorher, die Endverbraucherpreise haben sich jedoch nicht geändert.

8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung dazu, dass im Wahlkampfstab der neoliberalen Pro-EU-Politikerin Maia Sandu im moldauischen Präsidentschaftswahlkampf ein Mitarbeiter der Europäischen Volkspartei (EVP) mitgearbeitet hatte, obwohl Sandus Partei, die Partei Aktion und Solidarität (PAS), nicht Mitglied der EVP ist (<https://jamestown.org/program/moldovas-de-facto-ruler-enthrones-pro-russia-president/>)?

Nach öffentlich zugänglicher Berichterstattung wurde Maia Sandu während der Präsidentschaftswahlen in Moldau von der Europäischen Volkspartei unterstützt. Erkenntnisse über die konkrete Art der Unterstützung liegen der Bundesregierung nicht vor.

---

\* Das Auswärtige Amt hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft.

Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

9. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den transnistrischen Präsidentschaftswahlen am 11. Dezember 2016 (Wahlbeteiligung, Unregelmäßigkeiten etc.)?
  - a) Welche politischen Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass die transnistrische Erneuerungspartei nun sowohl den Präsidenten Transnistriens stellt als auch die Mehrheit der Parlamentssitze innehat (<https://jamestown.org/program/transnistria-change-leadership-not-policy/>)?
  - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu internationalen Wahlbeobachtern der transnistrischen Präsidentschaftswahlen am 11. Dezember 2016 (Nationalität, Parteizugehörigkeit)?

Die Bundesregierung erkennt die im nicht von der Regierung Moldaus kontrollierten transnistrischen Landesteil durchgeführten „Präsidentschaftswahlen“ nicht an. Zu Fragen bezüglich der Wahlbeteiligung, Unregelmäßigkeiten sowie der Stellung des international nicht anerkannten „Präsidenten“ bezieht sie daher nicht Stellung.

10. In welchem Zeitraum unterhielt die NATO ein „Informations- und Dokumentationszentrum“ in der Republik Moldau ([www.ceeol.com/search/article-detail?id=118790](http://www.ceeol.com/search/article-detail?id=118790), [www.eurasianet.org/node/79901](http://www.eurasianet.org/node/79901))?
  - a) Was waren die Gründe für die Schließung?
  - b) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Schließung?

Das NATO Informations- und Dokumentationszentrum in Chişinău besteht seit 2006 und wurde nach Kenntnis der Bundesregierung nicht geschlossen.

11. Welche Informationen kann die Bundesregierung über ein NATO-Verbindungsbüro mitteilen, das in Chişinău eröffnet werden sollte?
  - a) Trifft es zu, dass das Verbindungsbüro nun doch nicht eröffnet werden soll?
  - b) Wenn ja, welche Ursachen sieht die Bundesregierung für den Meinungswandel der moldauischen Regierung?

Die NATO-Außenminister beschlossen im Juni 2014 zur Unterstützung der Republik Moldau innerhalb des Rahmens der bestehenden Partnerschaft unter anderem die Einrichtung eines NATO-Verbindungsbüros, soweit von der Regierung Moldau gewünscht. Das Parlament der Republik Moldau hat am 9. Dezember 2016 die Vereinbarung mit der NATO zur Einrichtung eines Verbindungsbüros in Chişinău ratifiziert.

12. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die derzeit amtierende moldauische Regierung den Vorstoß des Verteidigungsministers Anatol Şalaru zur Ersetzung der russischen Truppen in Transnistrien durch eine andere multinationale zivile Mission nicht unterstützt ([www.eurasianet.org/node/79901](http://www.eurasianet.org/node/79901))?

Anatol Şalaru ist seit dem 27. Dezember 2016 nicht mehr Verteidigungsminister. Das Amt des Verteidigungsministers wird derzeit von Vizeminister Gheorghe Galbura ausgeübt. Nach Kenntnis der Bundesregierung besteht die Position der moldauischen Regierung, russischen Truppen im transnistrischen Landesteil durch eine andere multinationale zivile Mission zu ersetzen, fort.

13. Welche politischen Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Umfragen, nach denen mehr Bürgerinnen und Bürger der Republik Moldau sich einen Beitritt zur Eurasischen Union und nicht zur Europäischen Union wünschen ([www.ipn.md/en/integrare-europeana/76403](http://www.ipn.md/en/integrare-europeana/76403))?

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten arbeiten daran, gegenüber der moldauischen Öffentlichkeit die Unterstützung durch die EU und die Mitgliedstaaten und die Chancen der Umsetzung des Assoziierungsabkommens noch besser kenntlich zu machen.

14. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass der Prozess der EU-Assoziierung der Republik Moldau „zusammengebrochen“ („breakdown“) ist (<https://jamestown.org/program/romania-bidding-for-influence-in-moldova-part-three>)?
- a) Wenn ja, warum ist der Prozess „zusammengebrochen“?
- b) Wenn nein, warum teilt die Bundesregierung diese Ansicht nicht?

Die Bundesregierung sieht trotz einer Verlangsamung des Reformtempo in den Jahren 2015 und 2016 in der Republik Moldau nicht, dass der Prozess der EU-Assoziierung „zusammengebrochen“ ist, zumal sich die moldauische Regierung weiterhin nachdrücklich zum Kurs der EU-Assoziierung bekennt und grundsätzlich an ihrem Reformkurs zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens weiter festhält.

15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass das moldauische Parlament eine Erklärung verabschiedet hat, wonach die Kontakte zur NATO beschränkt werden sollen (<https://jamestown.org/program/romania-bidding-for-influence-in-moldova-part-three>)?
- a) Welche Konsequenzen hatte diese verabschiedete Deklaration bisher?
- b) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Deklaration?
- c) In welchen Bereichen und gemeinsamen Projekten arbeitet die Republik Moldau aktuell mit der NATO zusammen (bitte einzeln auflisten)?

Ende März 2016 fand im Parlament der Republik Moldau auf Vorschlag der Kommunistischen Partei (PCRM) eine Abstimmung über die Unverletzlichkeit der Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit und der permanenten Neutralität statt. Da das Quorum nicht erfüllt war, wurde die Abstimmung nicht vollzogen.

Seit 2006 wird der Individuelle Partnerschaftsaktionsplan zwischen der NATO und der Republik Moldau umgesetzt (umfassender Reformplan für Verteidigungssektor sowie Überblick zu rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen). Schwerpunkte (in Ergänzung zu EU-Bemühungen) sind: nationale Sicherheitsstrukturen, Modernisierung der Streitkräfte einschließlich Interoperabilität, Public-Diplomacy-Aktivitäten, Cyber-Abwehr, Forschungskooperation, Korruptionsbekämpfung sowie demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die Republik Moldau wurde 2014 Gründungsmitglied der neuen Interoperabilitätsplattform der NATO. Im Rahmen der NATO-Ertüchtigungsinitiative für Partnerstaaten wurde im Juni 2015 ein Maßnahmenpaket für die Republik Moldau beschlossen, das unter anderem Beratung bei der nationalen Sicherheitsstrategie sowie langfristig Unterstützung bei der Streitkräftereform vorsieht. Hierzu finden Fact-Finding-Reisen eines NATO-Defense-Capacity-Building-Teams unter Beteiligung zweier deutscher Experten statt (Oktober 2015, März 2017).

16. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welcher Art und Weise die EU die Einführung einer Mehrwertsteuer in Transnistrien überwachen will (<http://neweasterneurope.eu/articles-and-commentary/1861-the-dcfta-in-transnistria-who-gains?>)?
- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie die Vereinbarung zur Einführung einer Mehrwertsteuer in Transnistrien zustande gekommen ist?
  - b) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Einführung der Mehrwertsteuer zur „Verarmung eines Gutteils der Bevölkerung“ führen würde, wie es die von 2000 bis 2011 amtierende transnistrische Wirtschaftsministerin Elena Tschernjenko formulierte ([www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59316](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59316))?
  - c) Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung dazu angestellt?

Die Einführung einer Mehrwertsteuer in Transnistrien ist Teil einer Vereinbarung zwischen der Republik Moldau und Transnistrien über Handelserleichterungen, die am 30. Oktober 2015 unter Vermittlung der Europäischen Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes geschlossen wurde, und erlaubt es, Transnistrien in den Geltungsbereich des Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Republik Moldau einzubeziehen.

Die Einhaltung der Vereinbarung – Transnistrien hat sich hier neben der Einführung der Mehrwertsteuer zu weiteren Maßnahmen verpflichtet – wird sowohl von der Republik Moldau als auch von der EU überwacht. Das Freihandelsabkommen ist Teil des Assoziierungsabkommens. Bei Zweifeln an der korrekten Einhaltung der Vereinbarung muss der zwischen der EU und der Republik Moldau eingerichtete Assoziierungsrat innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung zur Beibehaltung der Vorzugsbehandlung für Transnistrien fällen. Andernfalls würde diese enden.

In Transnistrien ist die Einführung der Mehrwertsteuer Teil eines größeren Pakets von Maßnahmen, das auch den bevorzugten Zugang zum EU-Markt vorsieht.

Die Bundesregierung hat zu Mehrwertsteuereinführungen in anderen Ländern keine eigenen Untersuchungen angestellt; sie verfolgt die einschlägige Berichterstattung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung ganz Moldaus.

17. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass für die russische Parlamentswahl im November 2015 angeblich 22 Wahlbüros in Transnistrien geöffnet werden sollten ([www.europalibera.org/a/27910804.html](http://www.europalibera.org/a/27910804.html))?
- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu der Haltung der moldauischen Regierung dazu?
  - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Wahlbeteiligung in diesen Wahlbüros?

Im November 2015 fanden nach Erkenntnissen der Bundesregierung keine russischen Parlamentswahlen statt.

18. Welche Fortschritte haben die Gespräche des damaligen Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, in der moldauischen und der transnistrischen Hauptstadt nach Ansicht der Bundesregierung gebracht ([www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2016/160725\\_MDA\\_TRA/160725\\_Abflug\\_Moldau.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2016/160725_MDA_TRA/160725_Abflug_Moldau.html))?

Mit seiner Reise als amtierender Vorsitzender der OSZE nach Chişinău und Tiraspol am 25. und 26. Juli 2016 hat der damalige Bundesaußenminister

Dr. Frank-Walter Steinmeier vor allem den Beitrag der OSZE zur Beilegung des Transnistrienkonflikts betont und die Unterstützung für den 5+2-Prozess hervorgehoben.

19. Welches Fazit zieht die Bundesregierung aus ihren diplomatischen Aktivitäten in Bezug auf den Transnistrienkonflikt während des OSZE-Vorsitzes Deutschlands im Jahr 2016, und inwieweit konnte nach Kenntnis der Bundesregierung insbesondere in der Frage des zukünftigen Status Transnistriens eine Annäherung zwischen den Konfliktparteien erzielt werden?

Ein zentrales Anliegen des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 war die Stärkung des 5+2-Prozesses zur Beilegung des Transnistrienkonflikts. Ergebnis der deutschen Bemühungen war die Wiederaufnahme des politischen Prozesses im Rahmen einer ersten Verhandlungsrunde im 5+2-Format (Republik Moldau und Transnistrien; Vermittler: OSZE, Russland und Ukraine; Beobachter: EU und USA) vom 2. und 3. Juni 2016 in Berlin nach zweijähriger Unterbrechung. Erstmals seit 2012 gelang es dabei, die Ergebnisse eines 5+2-Treffens in einem Protokoll festzuhalten, in dem sich alle Partner auf konkrete nächste Schritte und einen Zeitplan einigten, was dem 5+2-Prozess neue Dynamik gab.

20. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über mutmaßliche Äußerungen des rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis, dass Rumänien und die Republik Moldau sich „langsam“ auf den Weg zu einer Union machen sollen (<https://euobserver.com/beyond-brussels/127824>)?

Der rumänische Staatspräsident Klaus Iohannis hat sich zu verschiedenen Gelegenheiten zum Thema einer Vereinigung Rumäniens mit der Republik Moldau geäußert. Er hat dabei stets als primäres Ziel die Annäherung der Republik Moldau an die europäischen Strukturen mit dem langfristigen Ziel einer EU-Mitgliedschaft genannt. Seine Aussagen finden ihren Niederschlag in der am 29. November 2016 vom Nationalen Verteidigungsrat verabschiedeten Moldaustategie, in der ihre (Moldau) Integration in die europäischen Strukturen als strategisches Ziel der rumänischen Außenpolitik gegenüber der Republik Moldau festgelegt wird.

Zu einer Vereinigung beider Staaten hat sich Staatspräsident Klaus Iohannis Pressemeldungen zufolge zuletzt am 9. November 2016 spezifischer geäußert und dargelegt, dass es sich hier um ein langfristiges Unterfangen handele, das große Sorgfalt erfordere. Ein Zusammenschluss sei grundsätzlich möglich, allerdings nicht in der nahen Zukunft. Dafür müssten zudem drei Bedingungen erfüllt sein: Die rumänische Bevölkerung müsse dies wünschen, die moldauische Bevölkerung ebenfalls und es dürfe auf dem Gebiet beider Staaten keine strittigen Fragen geben, die der internationalen Rechtsprechung unterliegen.

21. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aktivitäten der „Gruppe der Freunde der Union“ (zwischen Rumänien und der Republik Moldau) im rumänischen Parlament, welcher 41 Abgeordnete des rumänischen Parlaments angehören sollen ([www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=45083](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=45083))?

Die „Gruppe der Freunde der Union“ wurde am 10. Februar 2015 von 40 Angehörigen des rumänischen Parlaments der Legislaturperiode 2012 bis 2016 aus verschiedenen Parteien gegründet. Die überparteiliche Initiative hat als Ziel eine engere Integration zwischen Rumänien und der Republik Moldau auf den Gebieten Wirtschaft, Energie, Verteidigung, Erziehungswesen, Massenmedien, Infrastruktur sowie soziokulturelle, legislative und institutionelle Fragen formuliert. Über

ein Fortbestehen der Gruppe im neugewählten Parlament hat die Bundesregierung keine Erkenntnisse.

22. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass Rumänien „zum ersten Mal seit 1991“ massiv versucht habe, Einfluss auf die moldauische Innen- und Außenpolitik auszuüben (<https://jamestown.org/program/romania-bidding-for-influence-in-moldova-part-one/>)?
- a) In welcher Weise koordiniert die rumänische Regierung ihr Vorgehen im EU- und NATO-Format?
- b) Sieht die Bundesregierung darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Moldau?

Die Fragen 22, 22a und 22b werden zusammengefasst beantwortet. Die Heranführung der Republik Moldau an europäische Strukturen ist seit langem Schwerpunkt und Ziel der rumänischen Außenpolitik. Für Rumänien ist die Republik Moldau der wichtigste Partner in der Entwicklungszusammenarbeit, weshalb sich die Regierung vor allem für Projekte einsetzt, die unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern der Republik Moldau zugutekommen sollen. Rumänien spricht sich bei seiner Moldaupolitik regelmäßig mit den Partnern in den EU-Ratsarbeitsgruppen und den Räten sowie auch bilateral, auch mit Deutschland, ab.

- c) Welche – auch nachrichtendienstlichen – Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass es in der EU Zweifel darüber gibt, dass Rumänien seine politischen Aktivitäten in der Republik Moldau auf den Oligarchen Plahotniuc konzentriert (<https://jamestown.org/program/romania-bidding-for-influence-in-moldova-part-two/>)?

Die Rolle von Vlad Plahotniuc und die Frage des Umgangs mit ihm werden innerhalb der EU regelmäßig thematisiert. Es besteht Einigkeit, dass die Zusammenarbeit mit Moldau nicht auf einzelne Personen beschränkt werden kann.

23. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass russische Truppen möglicherweise bei einem Manöver in Transnistrien Anfang August 2016 die moldauisch-transnistrische Kontaktlinie überschritten haben ([www.dw.com/ro/atentat-la-suveranitatea-%C8%99i-integritatea-teritorial%C4%83-a-republicii-moldova/a-19456287](http://www.dw.com/ro/atentat-la-suveranitatea-%C8%99i-integritatea-teritorial%C4%83-a-republicii-moldova/a-19456287))?
- a) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Dislozierung der Beobachter der Gemeinsamen Kontrollkommission in der entsprechenden Region?
- b) Welche Konsequenzen hatte nach Kenntnis der Bundesregierung darüber hinaus die Überschreitung der Kontaktlinie?

Berichte, dass Übungen im Jahr 2016 teilweise auf einem Areal stattgefunden haben, das möglicherweise in die demilitarisierte Sicherheitszone hineinreicht, haben sich nicht bestätigt.

24. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die Autoritäten der Republik Moldau wenig getan haben, um Gagausien in das „nationale politische und soziale Leben“ der Republik Moldau zu integrieren (<https://jamestown.org/program/75538/>)?

Die Beziehungen zwischen Chişinău und Comrat (Hauptstadt der Autonomen Einheit Gagausien) haben sich aus Sicht der Bundesregierung seit Antritt der Gouverneurin Irina Vlah verbessert. Die Verbesserung der Atmosphäre beruht dabei auf den Anstrengungen beider Seiten.

25. Teilt die Bundesregierung die Ansicht diverser Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des United States State Department, dass Grigore Petrenco und weitere als „Petrenco Group“ bekannte Aktivisten politische Gefangene waren bzw. sind (bitte begründen)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7757 vom 2. März 2016 verwiesen.

26. Welche Informationen kann die Bundesregierung über den aktuellen Stand des Verfahrens gegen die Petrenco-Gruppe mitteilen?

Grigore Petrenco wie auch die anderen Mitglieder der Gruppe stehen unter besonderer richterlicher Aufsicht, die jeweils um 30 Tage verlängert wird. Sie dürfen daher das Land nicht verlassen und weder öffentliche Kundgebungen organisieren noch daran teilnehmen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen und wird vor Ort von der deutschen Botschaft beobachtet.

27. Inwieweit waren die Verfahren gegen die Mitglieder der Petrenco-Gruppe Gegenstand diplomatischer Beziehungen mit der Republik Moldau?

Die Bundesregierung hat den Fall Petrenco und die anderen Fälle wiederholt mit der Regierung der Republik Moldau thematisiert und die Regierung zur Einhaltung rechtsstaatlicher Standards aufgefordert.

28. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Verfahren, die gegen die Anwältin und den Anwalt von Grigore Petrenco, Ana Ursachi und Eduard Rudenco, eröffnet wurden und die von Amnesty International Moldau als möglicherweise „politisch motiviert“ bezeichnet wurden (<http://amnesty.md/en/media/cerem-standarde-transparente-si-echitabile-pentru-avocatii-din-moldova/>)?

- a) Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die genannten Verfahren politisch motiviert sind?  
b) Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung verfolgt aufmerksam die Verfahren gegen die oben genannten Personen. In einer gemeinsamen Erklärung haben die vor Ort vertretenen EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards hingewiesen.



